
Mehr als neun Prozent mehr für Beamte im Land

Die Staatsdiener sollen von Ende März an vom Tarifabschluss im öffentlichen Dienst der Länder profitieren.

STUTT GART. Die Landesregierung hat beschlossen, wie sie den Tarifabschluss der Länder auf die Beamten und Versorgungsempfänger in Baden-Württemberg übertragen will. Demnach steigen die Bezüge von November 2024 an um 3,6 Prozent und von Februar 2025 an um weitere 5,6 Prozent.

Bereits Ende März 2024 gibt es mit den Auszahlungen für April einen steuerfreien Inflationsausgleich in Höhe von 1800 Euro, zuzüglich viermal 120 Euro für die Monate Januar bis April 2024; danach folgen von Mai bis Oktober jeweils 120 Euro. Der Inflationsausgleich wird zumindest in Teilen auch auf den Versorgungsbereich übertragen – entsprechend dem jeweiligen Ruhegehaltssatz. Der Beamtenbund begrüßt die Entscheidungen im Grundsatz, der DGB übt Kritik. *ms*